

1 **Leitantrag: Irreguläre Migration beenden, Innere Sicherheit stärken**

2 Deutschland ist sichtbar mit den Folgen der unkontrollierten Zuwanderung überfor-
3 dert – und zwar nicht nur im Hinblick auf Kitas, Schulen und Wohnraum, sondern auch
4 kulturell und bei der Sicherheit. In vielen deutschen Städten fühlen sich die Menschen
5 teilweise nicht mehr zu Hause und sorgen sich um ihre Sicherheit. Die Wahrheit ist: Es
6 ist uns über den Kopf gewachsen, der Zuzug ist zu viel und nicht mehr stemmbar. Eine
7 strikte Begrenzung der Migration ist dringend nötig. Insgesamt muss daher die Zahl
8 der Asylanträge auf weit unter 100.000 im Jahr reduziert werden. Zudem bedarf es ei-
9 ner grundlegenden Reform des Asylrechts und einer Evaluation betreffender Rechts-
10 institute. Es darf keine Denkverbote geben. Denn klar ist: Deutschland braucht eine
11 echte Wende in der Migrationspolitik.

12 Statt Deutschland sicherer zu machen und vor Schaden zu schützen, unternimmt die
13 Ampel-Bundesregierung auf Grund ihrer ideologischen Scheuklappen zu wenig. Im Ge-
14 genteil, mit Gesetzen und Maßnahmen wie dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht, Son-
15 deraufnahmeprogrammen und Ausweitungen des Familiennachzugs verschärfen sie
16 die Probleme sogar noch weiter. Durch die folgeschwere Überforderung der zustän-
17 digen Behörden und Kommunen oder dreiste Heimaturlaube von Flüchtlingen wird
18 das ganze Ausmaß der ungesteuerten Migration offensichtlich. Damit muss jetzt
19 Schluss sein!

20 Wir stellen niemanden, der zu uns kommt, unter Generalverdacht. Die zunehmenden
21 Gewalttaten und Terrorakte zeigen jedoch, dass eine Grenze des Akzeptablen erreicht
22 ist. Wir fordern von der Bundesregierung eine Kursänderung in der Migrationspolitik
23 und harte Maßnahmen gegen Straftäter. Unsere Gastfreundschaft darf nicht ausge-
24 nutzt und zum Nährboden für importierte Konflikte, Gewalt, organisierte Kriminalität
25 und Hass gegen unsere Lebensart werden.

26 Die Sicherheit der Bürger und die Beendigung der irregulären Migration muss oberste
27 Priorität für die Bundesregierung haben. Die jüngsten Reformen des Gemeinsamen
28 Europäischen Asylsystems sind ein erster wichtiger Schritt. Es liegt nun an der Ampel-
29 Regierung, die Beschlüsse schnell und wirksam umzusetzen und nicht erneut einen
30 bürokratischen Dschungel voller Ausnahmen und Sonderregelungen zu schaffen. Bis
31 dies der Fall ist, die Außengrenzen effektiv geschützt sind und eine faire Verteilung
32 innerhalb der EU funktioniert, muss Deutschland selbst handeln. Das Recht auf Asyl

33 bedeutet nicht ein Recht auf Asyl in Deutschland. Wir brauchen eine Reihe an Sofort-
34 Maßnahmen, die die irreguläre Migration beenden und unsere Innere Sicherheit wie-
35 derherstellen.

36 **1. Ausreisepflichtige Flüchtlinge schnell und konsequent abschieben, auch nach Sy-**
37 **rien und Afghanistan.**

38 Besonders Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern nach Syrien und Afghanis-
39 tan müssen sofort umgesetzt werden. Die Bundesregierung muss unverzüglich dafür
40 sorgen, dass in diese und weitere Länder in großer Zahl und dauerhaft abgeschoben
41 werden kann – und zwar ohne absurd hohe Handgelder für Straftäter und Gefährder.
42 Das verhöhnt die Opfer. Perspektivisch müssen auch nicht-straffällige syrische und af-
43 ghanische Flüchtlinge in die sicheren Regionen ihrer Heimatländer zurückkehren. Frei-
44 willige Aufnahmeprogramme müssen sofort beendet werden. Wer in sein Heimatland
45 reist, muss zukünftig ohne Ausnahme seinen Schutzstatus verlieren und darf nicht er-
46 neut nach Deutschland einreisen.

47 **2. Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder, Entzug der deut-**
48 **schen Staatsangehörigkeit bei Terrorunterstützern und Gefährdern mit Doppel-**
49 **pass.**

50 Wer als ausreisepflichtiger Flüchtling oder Asylbewerber straffällig geworden ist, muss
51 sofort in Ausreisearrest, bis derjenige das Land freiwillig verlässt oder abgeschoben
52 wird. Terrorunterstützern und Gefährdern mit Doppelpass muss der deutsche Pass ent-
53 zogen und ein Aufenthaltsverbot in Deutschland auferlegt werden. Abschiebungshaft
54 und Abschiebung dieser Personen sind prioritär und schnellstmöglich umzusetzen.
55 Hierfür müssen die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und staatlichen Ebenen
56 verbessert und vereinfacht sowie ausreichend Abschiebungshafteinrichtungen organi-
57 siert werden.

58 **3. Umfassende Grenzkontrollen, Außengrenzen schützen, konsequent zurückwei-**
59 **sen.**

60 Wir brauchen einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen. Dazu gehören eine um-
61 fassende elektronische Überwachung der Einreisen sowie, wo immer erforderlich,
62 auch weitere bauliche und technische Grenzschutzmaßnahmen an den EU-Außengren-
63 zen. Klar ist: Über die Einreise in die EU haben staatliche Behörden zu entscheiden und

64 nicht kriminelle Netzwerke von Schleusern. Solange kein sicherer Grenzschutz an den
65 Außengrenzen erfolgt und viele EU-Staaten die Dublin-Regeln nicht einhalten, müssen
66 nationale Grenzkontrollen fortgeführt und ab sofort auch Asylbewerber an den deut-
67 schen Grenzen zurückgewiesen werden. Nationale Grenzkontrollen haben ihre Wirk-
68 samkeit und Notwendigkeit mehrfach unter Beweis gestellt, ein Paradebeispiel dafür
69 ist die Bayerische Grenzpolizei. Um die Akzeptanz von Schengen dauerhaft zu erhalten,
70 bedarf es einer Kraftanstrengung aller europäischen Länder. Nur wenn irreguläre Mig-
71 ration verhindert wird und dazu alle ihren Beitrag leisten, wird dies gelingen.

72 **4. Zentrale Asylverfahren statt Verteilung auf Kommunen.**

73 Das Konzept der ANKER-Zentren, wonach möglichst das gesamte Asylverfahren von
74 der Ankunft bis zur Entscheidung über ein Bleiberecht oder ggfs. die Rückkehr gebün-
75 delt unter einem Dach durchlaufen werden soll, muss deutschlandweit angewendet
76 werden. Wer keinen Schutzstatus erhält, muss direkt aus diesen ANKER-Zentren her-
77 aus abgeschoben werden. Durch die Bündelung aller Verfahrensbeteiligter unter ei-
78 nem Dach können Asylverfahren schnell und effektiv abgearbeitet werden. Gleichzei-
79 tig wird die dezentrale staatliche Unterbringung entlastet, was zugleich den Kommu-
80 nen zugutekommt, z.B. bei Kinderbetreuung und Beschulung. An den relevanten Flug-
81 häfen muss der Bund Ausreisezentren errichten, um Abschiebungen effektiv zu koor-
82 dinieren und schneller umsetzen zu können.

83 **5. Perspektivisch Asylverfahren in sicheren Drittstaaten und an den EU-Außengren-** 84 **zen umsetzen.**

85 Jeder, der in der EU Asyl beantragen möchte, soll dies perspektivisch in einem sicheren
86 Drittstaat außerhalb der EU bzw. in Einrichtungen an der EU-Außengrenze tun und dort
87 sein Verfahren durchlaufen. Es muss ermöglicht werden, dass dort Asylverfahren statt-
88 finden, die allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Dies entlastet die
89 europäischen Staaten, verringert die Pull-Faktoren und schützt gleichzeitig diejenigen,
90 die tatsächlich Asyl erhalten. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob der Aufenthalt von
91 Asylbewerbern in sicheren Drittstaaten stattfinden kann. Denn Schutz durch Deutsch-
92 land muss nicht heißen Schutz in Deutschland.

93

94 **6. Stopp der Express-Einbürgerungen durch das Ampel-Staatsbürgerschaftsrecht.**

95 Die von der Ampel eingeführte Express-Einbürgerung muss gestoppt werden. Für uns
96 ist klar: Der deutsche Pass muss am Ende einer erfolgreichen Integration, nicht am
97 Anfang dieser stehen. Ganz generell gilt: Wir lehnen die Ausweitung der doppelten
98 Staatsbürgerschaft ab. Sie soll die Ausnahme bleiben, statt die Regel zu werden.

99 **7. Pull-Faktoren reduzieren: Familiennachzug aussetzen, Bürgergeld und Asyl tren-**
100 **nen.**

101 Die Anreize, nach Deutschland zu kommen, müssen reduziert werden. Besonders der
102 Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss ausgesetzt werden. Die Ent-
103 scheidung, Ukrainern sofort Bürgergeld zu gewähren, wollen wir rückgängig machen.
104 Abgelehnte Asylbewerber, die ausreisen können, sollen bis zu ihrer Ausreise nur noch
105 eine minimale Grundversorgung erhalten. Dies erhöht die Anreize, freiwillig auszurei-
106 sen oder bei der Rückführung mitzuwirken. Bezahlkarten sind nach dem Vorbild des
107 erfolgreichen bayerischen Modells bundesweit einzuführen. Das Bundesrecht muss
108 dabei die erforderlichen Restriktionen wie insbesondere die Bargeldobergrenze von
109 50 Euro festzurren. Asylbewerber sollen nach drei Monaten eine sozialversicherungs-
110 pflichtige Arbeit aufnehmen bzw. zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden.

111 **8. Druck auf Herkunfts- und Transitländer ausüben.**

112 Nicht-EU-Staaten, die ihre Bürger nicht zurücknehmen oder die Passbeschaffung blo-
113 ckieren, sollen keine finanzielle Unterstützung von Deutschland und der EU erhalten.
114 Mit Blick auf die EU ist Deutschland solidarisch, aber wir drängen auch auf die Einhal-
115 tung der Gesetze. Auf EU-Staaten, die die Dublin-Regeln nicht einhalten und Migranten
116 durchwinken oder nicht zurücknehmen, werden wir Druck ausüben und notfalls alle
117 rechtlichen Mittel ausschöpfen. Die Kooperation von Herkunfts- und Transitländern zu
118 erreichen und dauerhaft sicherzustellen darf nicht weiter in den Händen eines einfluss-
119 losen Beauftragten liegen, sondern muss Chefsache von Bundeskanzler und Außenmi-
120 nisterium sein.

121 **9. Europäisches Recht und Asylrecht der Realität anpassen.**

122 Die rechtlichen Grundlagen, auf denen in Deutschland und Europa Schutz gewährt
123 wird, sind der aktuellen Herausforderung nicht gewachsen, aus der Zeit gefallen und

124 bieten zu viele Schlupflöcher. Politik ist da, um zu gestalten und wenn es notwendig
125 ist, die rechtlichen Grundlagen der Realität anzupassen. Deshalb muss auch das im
126 Grundgesetz verankerte Asylrecht grundlegend reformiert werden, denn es ist nicht
127 mehr zeitgemäß. Wir in Deutschland müssen selbst entscheiden können, wer zu uns
128 ins Land kommt. Ausschlaggebend kann nicht allein ein individuell einklagbarer
129 Rechtsanspruch sein. Deshalb wollen wir das individuelle subjektive Recht auf Asyl
130 durch eine institutionelle Garantie ersetzen. Nur so können wir die Integrationsfähig-
131 keit Deutschlands erhalten. Zudem werden wir auf europäischer Ebene auch darauf
132 hinwirken, den auf eine europäische Richtlinie zurückgehenden subsidiären Schutzsta-
133 tus abzuschaffen und zum ursprünglichen Geist der Genfer Konvention zurückzukeh-
134 ren. Bürgerkriegsflüchtlinge, für die dieser Schutzstatus in der Regel gilt, sollen zukünf-
135 tig in der Nähe ihrer Herkunftsregionen versorgt und unterstützt werden. Auch fordern
136 wir den Bund erneut auf, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die Länder Alge-
137 rien, Armenien, Indien, Marokko und Tunesien zu erweitern, die alle eine regelmäßige
138 Schutzquote von weniger als fünf Prozent haben.

139 Wer aus einem sicheren Drittstaat oder ohne erforderliches Visum nach Deutschland
140 kommt, muss an der Grenze zurückgewiesen werden. Dies ist rechtlich und praktisch
141 möglich und zudem bereits im Grundgesetz verankert. Hier darf sich die Politik nicht
142 hinter europäischen Richtlinien oder Gesetzgebung verstecken, die dies vermeintlich
143 unmöglich machen, sondern muss Wege und Lösungen finden. Die Menschen in
144 Deutschland erwarten dies zurecht von der Politik.

145 **10. Innere Sicherheit garantieren, Polizei stärken.**

146 Die Terroranschläge von Mannheim und Solingen sowie der jüngste Anschlag auf das
147 israelische Generalkonsulat in München, Demonstrationen, welche die Errichtung ei-
148 nes Kalifats verherrlichen, sowie die steigende Messerkriminalität beeinträchtigen das
149 Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Um diesen Entwicklungen effektiv be-
150 gegnen zu können, braucht es eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung unserer Poli-
151 zei und unserer Justiz.

152 Wir vertrauen unserer Polizei und unseren Strafverfolgungsbehörden, anstatt ihnen
153 Misstrauen und Gängelung entgegenzubringen, wie es die Ampel tut. Daher wollen

154 wir die Speicherung von IP-Adressen, Verkehrs- und Standort-Daten für einen gesetz-
155 lich verankerten Mindestzeitraum ermöglichen, um schwere Straftaten wie Terroris-
156 mus und Kinderpornographie zu verhindern bzw. aufzuklären. Unsere Polizei braucht
157 die Möglichkeit zu anlasslosen Kontrollen an mehr Orten als bisher sowie die Möglich-
158 keit zur Kennzeichenerfassung und den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware und
159 KI. Ampel-Institutionen des Misstrauens gegenüber unserer Polizei, wie bspw. den Po-
160 lizeibeauftragten des Bundes, Kontrollquittungen oder ähnliches, werden wir wieder
161 abschaffen. Zudem wollen wir Werbung für Terrororganisationen wieder unter Strafe
162 stellen.

163 Für uns ist darüber hinaus klar: Wir dulden keinen Antisemitismus und Extremismus
164 jeglicher Art in Deutschland. Wer in dieser Weise auffällt, muss rasch und hart bestraft
165 werden, wer noch keinen deutschen Pass hat, muss vom Erwerb ausgeschlossen und
166 Doppelstaatlern muss der Pass bei diesen Delikten entzogen werden. Auch die ver-
167 fehlte Cannabis-Politik der Ampel werden wir wieder zurückdrehen. Die Politik der Am-
168 pel ist eine Einladung an Kriminelle, Mafia und Clans, wie beispielhaft die jüngsten
169 Attacken der sogenannten Mocro-Mafia in Nordrhein-Westfalen zeigen.